

Charlotte Knobloch

„AfD ist trotz jüdischer Mitglieder antisemitisch“

„Wir stehen vor einem Ungetüm“, sagt die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, in Bezug auf die AfD. Dem amerikanischen Botschafter wirft sie Gefährdung der Demokratie vor.



© dpa

Kritik an der AfD: Charlotte Knobloch

Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, fühlt sich bei den Erfolgen der AfD an den Aufstieg der NSDAP in der Weimarer Republik erinnert. „Wir stehen vor einem Ungetüm“, sagte die 85 Jahre alte Knobloch in einem Interview mit dem „Spiegel“. Zum ersten Mal habe eine Partei den Einzug in den Bundestag geschafft, „deren Programm sich zusammenfassen lässt mit den Worten: Juden raus“. Man könne die AfD nicht anders als Nazipartei nennen. Darüber hinaus, warf sie dem amerikanischen Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, die Unterstützung der AfD vor.

In dem Gespräch sagte Knobloch, die AfD sei trotz jüdischer Parteimitglieder antisemitisch und propagiere ein Programm, das jüdisches Leben unmöglich mache. Die Partei sei gegen die rituelle Beschneidung und gegen das Schächten von Schlachttieren. „So wie ein Mensch jüdische Freunde haben und trotzdem ein Antisemit sein kann, so sind jüdische Mitglieder noch längst keine Gewähr dafür, dass eine Partei nicht antisemitische Tendenzen aufweist“, sagte die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. AfD-Politiker wollen an diesem Sonntag in Wiesbaden die Vereinigung „Juden in der AfD“ gründen.

Knobloch forderte eine sofortige Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz. „Es ist mir absolut unverständlich, warum das nicht längst geschehen ist“, sagte sie: „Ich bin fassungslos.“ Notwendig sei ein Konsens aller Parteien, dass sich die AfD außerhalb

freiheitlicher Werte bewege. Knobloch: „Mich befremdet, dass es nicht einmal diesen Konsens bei uns derzeit gibt.“

Zugleich beklagte sie eine Radikalisierung des Antisemitismus in Deutschland: „Früher war Antisemitismus die Ablehnung einer gewissen Bevölkerungsgruppe. Heute ist es schlicht und einfach Judenhass.“ Knobloch mahnte zur Vorsicht, wenn die Flüchtlingspolitik als Ursache für die Zunahme des Antisemitismus genannt wird. „Wir haben nicht ein Antisemitismusproblem, weil Menschen aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen“, sagte sie. Das wäre eine sehr verkürzende Darstellung. Allerdings habe auch der muslimische Antisemitismus Einfluss in Deutschland.

Außerdem warf Knobloch dem amerikanischen Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, vor, mit seiner Agenda die Juden in Deutschland und die liberale Demokratie zu gefährden. „Wenn Herr Grenell den Aufstieg von Anti-Establishment-Populisten in einem Land begrüßt, in dem die extreme Rechte ins Parlament eingezogen ist, fühlen wir Juden uns bedroht“, so Knobloch. „Herr Grenell bedient sich derselben Sprache wie die AfD. Dieser Kreislauf gegenseitiger Ermutigungen gefährdet unsere liberale Demokratie.“

Grenell hatte im Frühsommer kurz nach seinem Amtsantritt in Berlin wiederholt den Eindruck erweckt, er sehe sich als Parteigänger rechtsgerichteter Kräfte. „Ich möchte unbedingt andere Konservative in ganz Europa stärken“, sagte er in einem Gespräch mit der rechten Plattform Breitbart London. Danach hatte er auf Twitter versichert, dass er nicht zur Unterstützung bestimmter Parteien oder Personen aufrufe, aber: „Ich stehe zu meinen Kommentaren, dass wir ein Erwachen von der schweigenden Mehrheit erleben – die die Eliten und ihre Blase ablehnt. Geführt von Trump“. Später zeigte er sich unglücklich über die Reaktionen, die sein Interview ausgelöst hatte.

Quelle: epd/dpa